

Polizei-vertrauen und Partnerschaftsgewalt

Entwicklung eines kultur- und religionssensiblen Dialogprogramms zur Förderung des Vertrauens muslimischer Frauen in die Polizei (DIALOGisch)

Tim Lukas & Jacqueline D. Oppers

Polizeiliche Krisenintervention bei Partnerschaftsgewalt setzt ein ausreichendes Maß an Vertrauen der betroffenen Frauen in die Institution Polizei voraus. Studien zeigen jedoch, dass insbesondere muslimische Frauen seltener polizeiliche Hilfe in Anspruch nehmen. Das Projekt DIALOGisch zielt auf die Verbesserung des Vertrauensverhältnisses zwischen muslimischen Frauen und der Polizei durch die Entwicklung und Implementierung eines kultur- und religionssensiblen Dialogprogramms. Neben der praktischen Umsetzung des Formats sollen wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zu spezifischen Bedarfen bei der polizeilichen Krisenintervention in muslimischen Communities gewonnen werden. Die im Projektraum Düsseldorf gewonnenen Ergebnisse werden in einer strukturierten Arbeitshilfe aufbereitet, die Polizeibehörden und Beratungsstellen bundesweit bei der Gestaltung vergleichbarer Dialogformate unterstützen soll.

Projekthintergrund

Bei Partnerschaftsgewalt¹ ist die Polizei häufig die erste Instanz, die sich im Rahmen der Krisenintervention um die betroffenen Frauen² kümmert. Ein Rückkehrverbot für den Täter oder eine Wohnungsweisung dienen (vorerst) der Abwendung der unmittelbaren Gefährdungssituation, noch bevor Kontakt- oder Näherungsverbote durch Gerichte verfügt werden. Oft ist es auch die Polizei, die das Opfer über entsprechende Beratungsangebote vor Ort informiert und Informationsmaterial aushändigt (Lehmann 2016). Allerdings suchen etwa zwei Drittel der weiblichen Betroffenen weder Unterstützung bei der Polizei noch versuchen sie, bei einer Beratungseinrichtung Hilfe zu finden (Stahlke 2022). Das Vertrauen in die Professionalität von Polizei und sozialer Arbeit (Stockmann 2023) stellt daher eine wesentliche Voraussetzung für den Meldepro-

zess sowie die Inanspruchnahme von Maßnahmen des Gewaltschutzes und der daran anschließenden Interventionskette dar.

Das Vertrauen in die Polizei ist jedoch je nach ethnisch-kultureller Gruppenzugehörigkeit ungleich verteilt. Datenanalysen zum *Viktimisierungssurvey 2017* des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder (Birkel et al. 2022) offenbaren systematische Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationsgeschichte. Statistisch signifikante Unterschiede zum Polizei-vertrauen der Mehrheitsgesellschaft sind insbesondere bei Personen mit türkischem Migrationshintergrund festzustellen. Migrant:innen der zweiten Generation bringen der Polizei dabei sogar signifikant weniger Vertrauen entgegen als Migrant:innen der ersten Generation (Leitgöb-Guzy 2021). Ähnliche Ergebnisse lassen sich auch einer Schulbefragung in Niedersachsen entnehmen, in der Jugendliche mit Migrationshintergrund insbesondere die poli-

zeiliche Fairness signifikant schlechter bewerten als Jugendliche ohne Migrationshintergrund (Krieg et al. 2023). Der „*Bericht des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors*“ (DeZIM 2023) führt als eine mögliche Ursache Diskriminierungserfahrungen muslimischer und muslimisch gelesener Menschen an. Mehr als ein Drittel der muslimischen Männer (39 %) berichtet von häufigeren Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen im Umgang mit der Polizei, unter den muslimischen Frauen beträgt der entsprechende Anteil 25 Prozent. Eine aktuelle Meta-Analyse internationaler Studien zu Partnerschaftsgewalt und den Barrieren in das Hilfesystem identifiziert vor allem den wahrgenommenen institutionellen Rassismus und Diskriminierungserfahrungen als eine zentrale Hürde der Inanspruchnahme von Hilfe durch Polizei und Beratungseinrichtungen (Hulley et al. 2023).

Forschungsstand

Hierzulande ist über die Erfahrungen muslimischer Frauen mit der Polizei im Bereich der Partnerschaftsgewalt nur wenig bekannt. Im angelsächsischen Raum wurden demgegenüber bereits mehrere Studien durchgeführt, die differenzierte Einblicke in die Wahrnehmung der Polizei bei Partnerschaftsgewalt in muslimischen Communities ermöglichen. So berichten Ammar et al. (2014) in einer Interviewstudie mit 34 muslimischen und 84 nicht-muslimischen Frauen in den USA eine Varianz des Anzeigeverhaltens und der wahrgenommenen Polizeiarbeit. Im Vergleich zu nicht-muslimischen Frauen

¹ Partnerschaftsgewalt hat viele Erscheinungsformen und ist kein eigener Straftatbestand; fast alle Formen stellen jedoch Handlungen dar, die mit Strafe bedroht sind. Da Partnerschaftsgewalt überwiegend im sozialen Nahraum, d.h. an einem Ort erlebt wird, der eigentlich mit Sicherheit und Geborgenheit assoziiert wird, wird sie von den Betroffenen als besonders belastend erlebt (Stahlke 2022). Partnerschaftsgewalt wird meist in Form von psychischer, physischer, sexueller, ökonomischer und sozialer Gewalt innerhalb von ehelichen und nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften erlebt (Schwarz-Saage 2020).

² Die Geschlechtsbezogenheit von Partnerschaftsgewalt ist struktureller Art: Sie richtet sich in großer Mehrheit gegen Frauen und wird in der Regel von Männern ausgeübt (Schönemann & Pannowitz 2020). Schröttle (2020: 39) verweist zwar darauf „[...] dass Männer etwa gleich häufig wie Frauen mindestens einmal eine körperlich aggressive Handlung durch einen Partner oder eine Partnerin erlebt haben, allerdings sehr selten von schwerer, bedrohlicher und wiederholter Gewalt betroffen waren.“ Die Gewaltausübung von Frauen gegen Männer, mit denen sie zusammenleben, verursacht zudem verhältnismäßig selten Verletzungen und löst auch seltener Ängste aus (Kavemann 2009).

riefen muslimische Frauen seltener die Polizei, da sie Repressalien durch den Partner oder durch Familienmitglieder befürchteten und weil sie davon ausgingen, dass Partnerschaftsgewalt nicht in die Zuständigkeit der Polizei falle bzw. dass die Polizei ohnehin nichts unternehmen könne. Wenngleich sich die polizeilichen Maßnahmen bei beiden Gruppen ähnelten, zeigten die Erfahrungen der betroffenen muslimischen Frauen, dass die Polizei den Partner seltener aufforderte, den Tatort zu verlassen – obschon eben dies dem am häufigsten geäußerten Wunsch betroffener Frauen entspricht (Sherson 2021).

Auf der Grundlage von zehn Interviews mit muslimischen Frauen in Australien zeigt Ibrahim (2022) eine grundsätzlich positive Haltung betroffener muslimischer Frauen gegenüber der Polizei. Demnach leiste die Polizei gute Arbeit bei der Durchsetzung von Gesetzen und der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Einige Frauen äußerten jedoch, dass die Polizei zu langsam reagiere und muslimisch gelesene Opfer nicht fair behandle.

Couture-Carron et al. (2022) berichten auf Basis von 90 Interviews mit betroffenen migrantisierten Frauen in Kanada, dass die Mehrheit derjenigen, die selbst die Polizei gerufen hatten, grundsätzlich positive Erfahrungen mit der Polizei gemacht hätten (75 %), während diejenigen, welche die Polizei nicht selbst gerufen hatten, einen höheren Anteil negativer Erfahrungen aufwiesen (93 %).

Die Interviewstudie (n=20) von Wright (2022) offenbart darüber hinaus eine Diskrepanz zwischen der formalen Bearbeitung von Partnerschaftsgewalt im australischen Sanktionen- und Hilfesystem und den Realitäten der betroffenen Frauen. Soziale Marginalisierung und ethnisch-kulturelle Diskriminierungserfahrungen ließen muslimischen Frauen nur wenig Raum für eine Anzeige bei der Polizei, die häufig abhängig von der Häufigkeit und dem Schweregrad der erfahrenen körperlichen und psychischen Verletzungen sei (Barrett et al. 2021). Zudem sei die Sprache, mit der muslimische Frauen die Erlebnisse der Tat beschreiben, kaum kompatibel mit der formalisierten Sprache des polizeilichen und justiziellen Apparats. Eine Anzeige erfolge häufig erst dann, wenn durch informelle Netzwerke Unterstützung zu erwarten sei.

Um die Stellung betroffener muslimischer Frauen im Sanktionen- und Hilfesystem zu verbessern und die Be-

reiterschaft zur Inanspruchnahme von Gewaltschutzmaßnahmen zu erhöhen, schlagen die Studien unterschiedliche praxisorientierte Maßnahmen vor. Im Kern zielen diese Maßnahmen auf eine Verbesserung des Vertrauensverhältnisses mit den Sicherheitsbehörden. Dazu sei die Umsetzung gezielter Aufklärungskampagnen sinnvoll, mit denen über rechtliche Schutzmaßnahmen, vorhandene Hilfestrukturen und die Bedeutung des Meldeverhaltens für die polizeiliche Krisenintervention informiert werden kann (Ammar et al. 2014; Ibrahim 2022). Darüber hinaus sei auch eine weitergehende Kompetenzentwicklung von Polizeibeamt:innen im Umgang mit Partnerschaftsgewalt in muslimischen Communities notwendig (Dowling 2024), um polizeiliche Reaktionen religions- und kultursensibel zu gestalten und Unterstützungsangebote an den spezifischen Bedarfen der betroffenen Frauen auszurichten (Couture-Carron et al. 2022; Ibrahim 2022; Wright 2022).

Projektziele

Das seit dem 01.01.2025 durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im „Kooperationsnetzwerk Sicher Zusammenleben (KoSiZu)“ (Boer 2021) geförderte Projekt DIALOGisch will mit der Einrichtung eines kultur- und religionssensiblen Dialogprogramms in Düsseldorf einen Beitrag zur Förderung des Polizeivertrauens unter muslimischen Frauen in Fällen von Partnerschaftsgewalt leisten. Hierbei sollen zentrale Ansätze und Erkenntnisse aus dem im Rahmen des KoSiZu geförderten Projekts „Entwicklung eines quartiersbezogenen Austausch- und Lernprogramms zur Förderung des wechselseitigen Verständnisses von Polizei, Ordnungsdienst und Stadtgesellschaft (EQAL)“ (Schneider & Lukas 2023) weiterentwickelt und umgesetzt werden. Da sich ein Programm-Modul des Projekts EQAL bereits dezidiert der polizeilichen Perspektive auf Partnerschaftsgewalt widmete, liegen Grundlagen vor, die insbesondere hinsichtlich der Programmentwicklung, Rekrutierung, Programmdurchführung und Evaluation genutzt und für das Dialog-

programm adaptiert werden können.

Die zentrale Zielsetzung des Programms ist dabei viergeteilt: Zum einen soll durch das Dialogprogramm das Vertrauensverhältnis zwischen muslimischen Frauen und polizeilichen Akteur:innen verbessert werden. Zum anderen soll eine Vermittlung von rechtlichen Schutzmaßnahmen, vorhandenen Hilfestrukturen und Möglichkeiten der polizeilichen Krisenintervention in die muslimische Community erfolgen. Zudem soll die Entwicklung eines praxistauglichen Rekrutierungskonzepts die Durchführung vergleichbarer Dialogformate zwischen Polizei und Muslima in anderen Polizeibehörden anleiten. Darüber hinaus sollen Polizeibeamt:innen für die spezifischen Bedarfe muslimischer Frauen sensibilisiert werden, die sich aufgrund religiöser und kultureller Hintergründe in Fällen partnerschaftlicher Gewalt ergeben. Im Rahmen des Dialogs sollen dabei sowohl die Perspektiven der muslimischen Frauen als auch die der Polizei gleichwertig beleuchtet und berücksichtigt werden. Das Dialogprogramm richtet sich bewusst an betroffene und nicht-betroffene Muslima, um Bedarfe der muslimischen Community umfassend zu integrieren und das Vertrauen in die Polizei nachhaltig zu stärken, sodass auch Beobachtungen oder Verdachtsmomente partnerschaftlicher Gewalt der Polizei gemeldet werden. Die Programmteilnehmerinnen werden grundsätzlich als Multiplikatorinnen verstanden, die weiter in ihre Community hineinwirken können. Betroffene Frauen sollen im Rahmen des Projektes nicht als Opfer betrachtet werden, sondern als Persönlichkeiten, deren Bedarfe, aber auch Ressourcen berücksichtigt werden. Durch die Sensibilisierung von Polizeibeamt:innen für situationsbezogene Rücksichtnahme und Empathie für die spezifischen Wertvorstellungen und Verhaltensweisen muslimischer Frauen bei polizeilichen Einsätzen wird zudem ein langfristiger positiver Effekt auf das Vertrauen von muslimischen Frauen in die Professionalität der Polizei und die Inanspruchnahme von Maßnahmen des Gewaltschutzes erwartet. Durch die wissenschaftliche Forschung im Projekt wird die Programmentwicklung



und -umsetzung kontinuierlich begleitet und evaluiert.

Die Umsetzung

Die Realisierung des Projektes erstreckt sich über zwei Jahre und ist bis Ende Dezember 2025 vorgesehen. Im ersten Jahr liegt der Fokus auf einer umfassenden Bedarfsanalyse, während im zweiten Projektjahr die Konzeption und Durchführung eines kultur- und religionssensiblen Dialogprogramms zur Förderung des Vertrauens zwischen muslimischen Frauen und der Polizei im Mittelpunkt stehen. Im Detail erfolgt die Projektarbeit hierbei in vier aufeinander aufbauenden Arbeitspaketen (AP):

- AP 1: Erarbeitung von wissenschaftlich fundiertem Grundlagenwissen
- AP 2: Wissenschaftliche Bedarfserhebung im Projektgebiet Düsseldorf
- AP 3: Konzeption und Durchführung eines kultur- und religionssensiblen Dialogprogramms
- AP 4: Öffentlichkeitswirksame Verbreitung der Projekthalte und Entwicklung einer strukturierten Arbeitshilfe sowie von Informationsmaterialien

Im **ersten Projektjahr** stehen die detaillierte Bedarfserhebung und die Analyse des internationalen Forschungsstands zu den Erfahrungen muslimischer Frauen und ihrer Interaktion mit der Polizei in Fällen partnerschaftlicher Gewalt im Vordergrund. Zur Vertiefung der generierten Erkenntnisse wird des Weiteren ein Vernetzungsworkshop mit Expert:innen durchgeführt, die aufgrund ihrer Arbeit - beispielsweise in Frauenberatungsstellen oder Frauenhäusern - über spezifisches Wissen zu den Bedarfen (nicht-)betroffener Frauen aus der muslimischen Community verfügen. Ziel ist es hierbei, erste Einblicke in die Erfahrungen muslimischer Frauen mit der Polizei zu gewinnen und spezifische Herausforderungen und Ressourcen im Projektgebiet Düsseldorf zu identifizieren. Ergänzend werden Interviews mit betroffenen und nicht-betroffenen muslimischen Frauen sowie Vertreter:innen des Polizeipräsidiums Düsseldorf durchgeführt, um sowohl die Bedarfe und Erwartungen von Muslima an den Polizeikontakt im Kontext partnerschaftlicher Gewalt als auch die Sichtweise von polizeilichen Akteur:innen auf das Thema Partner-

schaftsgewalt sowie die Erwartungen an ein kultur- und religionssensibles Dialogformat zu erfassen. Parallel dazu wird ein praxistaugliches Rekrutierungskonzept entwickelt, das auf eine intensive Netzwerkarbeit innerhalb der muslimischen Community abzielt.

Im **zweiten Projektjahr** erfolgt auf Grundlage der ermittelten Bedarfe eine Überführung der Ergebnisse in ein praxisorientiertes Dialogkonzept. Durch den systematischen Abgleich der Bedürfnisse muslimischer Frauen mit den Erwartungen der Polizei entsteht die Basis für ein kultur- und religionssensibles Dialogprogramm, das in Düsseldorf umgesetzt und mittels teilnehmender Beobachtungen sowie Feedback-Fragebögen wissenschaftlich evaluiert wird. Die gewonnenen Erkenntnisse sowie die Erfahrungen der Programmteilnehmenden werden anschließend in einer strukturierten Arbeitshilfe aufbereitet, die Polizeibehörden und Beratungsstellen bundesweit befähigen soll, kultur- und religionssensible Austauschformate im Kontext partnerschaftlicher Gewalt gezielt und problemorientiert einzusetzen. Ergänzend dazu werden Informationsbroschüren entwickelt, welche die (polizeiliche) Praxis für die kultur- und religionsspezifischen Bedarfe betroffener muslimischer Frauen sensibilisieren sollen. Das Projekt wird darüber hinaus über die gesamte Projektlaufzeit hinweg von einem Beirat aus Vertreter:innen aus Wissenschaft und Praxis begleitet, welche die Projektergebnisse kritisch reflektieren und den Transfer in die Wissenschaft und (polizeiliche) Praxis gewährleisten.

Ausblick

Das Projekt DIALOGisch will durch ein gezieltes Dialogformat das Vertrauensverhältnis zwischen muslimischen Frauen und der Polizei in Düsseldorf langfristig stärken. Hierzu soll in einem neutralen und positiven Rahmen ein offener und konstruktiver Dialog zwischen (nicht-)betroffenen Muslima und Polizeibeamt:innen stattfinden. Zentrales Ziel ist es, kulturelle und religionsspezifische Bedürfnisse zu identifizieren und aktiv in den Dialog zu integrieren, wobei bestehende Defizite gleichzeitig reflektiert und nachhaltig aufgelöst werden sollen. Um die Stellung betroffener muslimischer Frauen im Sanktionen- und Hilfe-

system zu verbessern, soll gezielt über rechtliche Schutzmaßnahmen, vorhandene Hilfestrukturen und die Bedeutung des Meldeverhaltens für die polizeiliche Krisenintervention aufgeklärt werden. Zugleich sollen die Kompetenzen von Polizeibeamt:innen im Umgang mit Partnerschaftsgewalt in muslimischen Communities weiterentwickelt werden, um polizeiliche Reaktionen religions- und kultursensibel zu gestalten und Unterstützungsangebote an den spezifischen Bedarfen der betroffenen Frauen auszurichten. Durch den gemeinsamen Dialog erhalten alle Beteiligten nicht nur die Gelegenheit, ihre Erwartungen und Meinungen zu teilen, sondern können auch als Multiplikator:innen in ihre eigene Community und Behörde hineinwirken. Auf diese Weise trägt das Projekt zu einer nachhaltig verbesserten Unterstützung betroffener Frauen bei und fördert die Inanspruchnahme polizeilicher Maßnahmen des Gewaltschutzes.

Dr. Tim Lukas ist Akademischer Oberrat und Leiter der Forschungsgruppe Räumliche Kontexte von Risiko und Sicherheit im Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit an der Bergischen Universität Wuppertal.

Jacqueline D. Oppers (M.A.) ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt DIALOGisch.

Kontakt: lukas@uni-wuppertal.de; oppers@uni-wuppertal.de

Literatur

- Ammar, N., Couture-Carron, A., Alvi, S. & San Antonio, J. (2014). Experiences of Muslim and Non-Muslim Battered Immigrant Women with the Police in the United States: A Closer Understanding of Commonalities and Differences. In: *Violence Against Women*, 19(12), S. 1449-1471.
- Barrett, B. J., Peirone, A., Cheung, C. H. & Habibov, N. (2021). Pathways to Police Contact for Spousal Violence Survivors: The Role of Individual and Neighborhood Factors in Survivors' Reporting Behaviors. In: *Journal of Interpersonal Violence*, 36(1-2), S. 632-662.
- Birkel, C., Church, D., Erdmann, A., Hager, A. & Leitgöb-Guzy, N. (2022). Sicherheit und Kriminalität in Deutschland – SKiD 2020. Bundesweite Kernbefunde des Viktimisierungssurvey des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Boer, L. (2021). Das Kooperationsnetzwerk – Sicher Zusammenleben. Die Ansprechstelle für den bundesweiten Dialog zwischen Polizei und muslimischen Organisationen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). In: *Forum Kriminalprävention*, 4, S. 21-24.
- Couture-Carron, A., Zaidi, A. U. & Ammar, N. H. (2022). Battered Immigrant Women and the Police: A Canadian Perspective. In: *International Journal of Offender Therapy and Comparative Criminology*, 66(1), S. 50-69.
- DeZIM (2023). Rassismus und seine Symptome. Bericht des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismomonitors. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung.
- Dowling, C. (2024). Police training in responding to family, domestic and sexual violence. Canberra: Australian Institute of Criminology (Trends & issues in crime and criminal justice 689).
- Hulley, J., Bailey, L., Kirkman, G., Gibbs, G. R., Gomersall, T., Latif, A. & Jones, A. (2023). Intimate Partner Violence and Barriers to Help-Seeking Among Black, Asian, Minority Ethnic and Immigrant Women: A Qualitative Metasynthesis of Global Research. In: *Trauma, Violence, & Abuse*, 24(2), S. 1001-1015.
- Ibrahim, N. (2022). Experiences of Abused Muslim Women with the Australian Criminal Justice System. In: *Journal of Interpersonal Violence*, 37(3-4), S. NP2360-NP2386.

Kavemann, B. (2009). Täterinnen – Die Gewaltausübung von Frauen im privaten Raum im Kontext der feministischen Diskussion über Gewalt im Geschlechterverhältnis. In: *Neue Kriminalpolitik*, 21, S. 46-50.

Krieg, Y., Lehmann, L., Dreißigacker, A. & Kliem, S. (2023). "In Police We Trust?" Confidence in the Police Among Adolescents with and without a Migration Background in Germany. In: *European Journal on Criminal Policy and Research*, 29, S. 227-246.

Lehmann, K. (2016). Professionelles Handeln gegen häusliche Gewalt. Der Platzverweis aus der Sicht von Polizei, Beratung und schutzsuchender Frauen. Wiesbaden: Springer VS.

Leitgöb-Guzy, N. (2021). Vertrauen in und Erfahrungen mit Polizei und Justiz unter Personen mit Migrationshintergrund. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.

Schneider, J. & Lukas, T. (2023). Polizeivertrauen in diversitätsgeprägten Stadtquartieren. *Entwicklung*

eines quartiersbezogenen Austausch- und Lernprogramms zur Förderung des wechselseitigen Verständnisses von Polizei, Ordnungsdienst und Stadtgesellschaft (EQAL). In: *Forum Kriminalprävention*, 1, S. 20-22.

Schönemann, S. & Pannewitz, A. (2020). Der vergessene Raum. Eine kritische Anmerkung zum Forschungsstand häuslicher Gewalt. In: *Soziale Arbeit*, 12, S. 456-461.

Schröttle, M. (2020). Häufigkeit von Partnerschaftsgewalt in Deutschland. In: M. Büttner (Hrsg.), *Handbuch Häusliche Gewalt* (S. 37-46). Stuttgart: Schat-tauer.

Schwarz-Saage, R. (2020). Viel erreicht und dennoch nicht am Ziel. Aktuelle Entwicklungen bei der Prävention von häuslicher Gewalt in Deutschland. In: *Forum Kriminalprävention*, 4, S. 3-8.

Sherson, K. M. (2021). Seeking Help from Police for Intimate Partner Violence: Applying a Relationship

Phase Framework to the Exploration of Victims' Evolving Needs. In: *Journal of Interpersonal Violence*, 36(3-4), S. 1745-1771.

Stahlke, I. (2022). Häusliche Gewalt – Forschungsstand. In: A. Behrmann, K. Riekenbrauk, I. Stahlke & G. Temme (Hrsg.), *Handbuch Psychosoziale Prozessbegleitung* (S. 695-718). Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Stockmann, S. (2023). Professionalität in Gewaltsituationen – Soziale Arbeit und Polizei im Spannungsfeld häuslicher Gewalt. In: A. Wernberger (Hrsg.), *Professionalitätsforschung in der Sozialen Arbeit* (S. 109-126). Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Wright, S. E. (2022). Navigating the Disjuncture Between Domestic and Family Violence Systems: Australian Muslim Women's Challenges when Disclosing Violence. In: *Australian Feminist Law Journal*, 48(2), S. 321-347.